

Pinneberger Zeitung:

Schröder (CDU) für schärfere Jugendstrafen

KREIS PINNEBERG -

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ole Schröder fordert die SPD auf, ihre "Blockadehaltung zur Verschärfung des Jugendstrafrechts aufzugeben und die vorgelegten Vorschläge zu diskutieren". Angesichts zunehmender Gewalttaten Heranwachsender müsse eine Diskussion um die Verschärfung der gesetzlichen Regelungen erlaubt sein.

Schröder hatte schon vor Längerem die Einführung eines "Warnschuss-Arrestes" gefordert, um kriminelle Karrieren frühzeitig zu unterbrechen. Jugendliche Straftäter müssten spüren, "wie sich Gefängnis von innen anfühlt". Auch müsse für Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall werden. Kaum jemand könne verstehen, so Schröder, "dass ein Volljähriger seinen Wehrdienst leisten muss, Autofahren darf, zivilrechtliche Geschäfte aller Art tätigen und auch Bundestagsabgeordneter werden kann, strafrechtlich aber nicht wie ein Erwachsener behandelt werden muss."

Weiter sei es sinnvoll, so der Jurist, die Höchststrafe im Jugendstrafrecht von zehn auf 15 Jahre zu erhöhen und Fahrverbote als eigenständige Sanktion zu verankern. Kriminelle Ausländer sollten künftig bereits das Land verlassen müssen, wenn sie zu einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt werden.

man

erschienen am 5. Januar 2008

<http://www.abendblatt.de/daten/2008/01/05/833901.html>